

Rede von Florian Kaufmann - DGB Offenbach zum Antikriegstag 2020 in Offenbach

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde,

Anfang September gedenken wir traditionell seit fast 70 Jahren den Opfern von Krieg und Faschismus. 75 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs ist der Antikriegstag 2020 für uns ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Mit dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen riss Nazi-Deutschland 1939 die Welt in den Abgrund eines bestialischen Krieges, der unermessliches Leid über die Menschen brachte und 60 Millionen Tote forderte. Wir danken den Alliierten für die Befreiung und denken auch an die vielen Opfer, die dafür gebracht werden mussten. 75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken, die von deutschen Faschisten ermordet wurden. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt. Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Leider müssen wir heute wachsende Spannungen und Kriege erleben. Im Mittelmeer-Raum, im Jemen, seit fast 10 Jahren in Syrien, um nur einige zu nennen. Krieg und seine Folgen sind die Ursache für Flucht und Vertreibung, die wir auch hierzulande spüren.

Wir erleben derzeit den internationalen Abgesang auf eine Politik der Abrüstung. Wir leben in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswetlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atommächte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. So sollen im rheinland-pfälzischen Büchel die dort lagernden Atombomben der USA erneuert werden. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen.

Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten. Bereits 2019 sind die Rüstungsausgaben um 10 Prozent oder 5 Milliarden Euro gestiegen.

Wir fordern ein Ende des Rüstungswetlaufs und eine Umverteilung der Rüstungsausgaben in Bereiche, die den Menschen zu Gute kommen und nicht vielen schaden. Zur Friedenssicherung und Konfliktprävention gehört soziale Gerechtigkeit. Für einen starken und solide finanzierten Sozialstaat sind immense öffentliche Investitionen nötig - in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Um die Herausforderungen der Pandemie, der Digitalisierung und des Klimawandels sozial gerecht zu bewältigen braucht es auch Wertschätzung für die Beschäftigten und ihre Arbeit. Hier reicht Klatschen nicht. Die

öffentliche Hand muss die Anerkennung der systemrelevanten Arbeit nicht nur in den letzten Monaten auch auf dem Lohnzettel ausdrücken.

Für Frieden, Demokratie und Freiheit gilt es, jetzt nicht aufzurüsten, sondern in die Zukunft zu investieren.